

Europapapier

"Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland."

Migration in Geschichte und Gegenwart"

hsg. von Klaus J. Bade

Ans. Deutschland als bevorzugtes Zufluchtsland ausländischer Flüchtlinge: Das ist eine Entwicklung, die immer mehr Deutschen bedrohlich erscheint; die bei ihnen Ängste, gar Alpträume weckt und Aversionen hochkommen läßt. Die gegenwärtige Situation, die so viel politischer Sprengstoff enthält, ist aus der Sicht des Historikers aber gar nicht so außergewöhnlich wie allgemein angenommen. Gerade die deutsche Geschichte ist voll von Beispielen, in denen "Deutsche in der Fremde und Fremde in Deutschland...alle denkbaren Formen und Folgen der Wanderungen von Menschen über Grenzen...erlebt, erzwungen oder erlitten haben". Man sollte die vielfältigen Ein- und Auswanderungsbewegungen der Vergangenheit kennen, wenn man die heutige Lage richtig einschätzen will. Fundierte Hilfestellung dazu leistet ein neuer umfassender Sammelband mit dem Titel "Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart". Der Herausgeber Prof. Klaus J. Bade, hat 30 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland für informativ und spannend geschriebene Beiträge gewonnen. - Einige der zentralen Gedanken hat PW herausgesucht.

Text Das verblüffende Fazit des historischen Rückblicks gleich vorweg: Es hat in der deutschen Geschichte alles gegeben, was nur irgend an Wanderungsbewegungen denkbar ist: Wanderungen von Menschen über Grenzen und ebenso Verschiebungen von Grenzen über Menschen hinweg. Es gab jahrhundertlang Auswandererströme von Deutschen in Richtung Osten - nach Rußland, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien -; und es gab Auswandererströme nach Westen - ins überseeische Amerika und Kanada, Lateinamerika und Australien. Umgekehrt hat es immer schon Fremde unterschiedlichster Herkunft nach Deutschland gezogen: seit alters her Sinti und Roma, dann Glaubensflüchtlinge wie die Hugenotten, nicht zuletzt Juden aus Osteuropa. Die einen kamen bzw. gingen aus freien Stücken; andere wurden gezwungen: so im NS-Regime die sog. Arbeitssklaven aus Polen und Rußland, dann die deutschen Emigranten und in der Sowjetunion die Wolga-Deutschen, die Stalin nach Sibirien deportieren ließ. Die gewaltigsten Wanderungen fanden zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Vereinigung statt. In dieser Zeit kamen "rund 15 Millionen Vertriebene, Flüchtlinge, Übersiedler und Aussiedler nach Westdeutschland. Das entsprach rund einem Viertel der deutschen Wohnbevölkerung in den 'alten' Bundesländern. Nimmt man die zu dieser Zeit ca. 4,8 Millionen Menschen zählende ausländische Minderheit hinzu, dann machte diese Zuwanderung seit 1945 rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands aus." Angesichts dieser einzigartigen Dimension kann man -trotz verschiedentlicher Probleme - von einer gelungenen Integration sprechen. Aus- und Einwanderung wurden lange Zeit keineswegs als Gefahr angesehen; im Gegenteil: in den 50er Jahren und noch einmal nach dem Mauerbau 1961, als den Ostdeutschen der Weg

in den Westen verspermt war, wurden von Deutschland offiziell ausländische Arbeitnehmer angeworben. Heute, nach der Vereinigung, stehen wir vor einer merkwürdigen Situation: Jetzt gibt es diverse neue Gruppen von "Einheimischen" und "Fremden", so "Wessis" und "Ossis"; deutsch- und fremdsprachige Aussiedler aus dem Osten; inländische Ausländer, die z.T. schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben; schließlich die Asylbewerber aus Osteuropa und der Dritten Welt. Anscheinend zwangsläufig bilden sich zwischen diesen Gruppen Hierarchien und Hackordnungen heraus. Der soziale Konsens ist gefährdet. Und er wird es in Zukunft noch mehr sein, weil mit einem wachsenden "Zuwanderungsdruck" aus Osteuropa und der Dritten Welt zu rechnen ist. Die hitzige Debatte um das Asylrecht hat bislang noch zu keinen Lösungsansätzen geführt. Dagegen bemühen sich die Historiker dieses Sammelbandes, mittels ihrer profunden Sachkenntnis Wege aus der gegenwärtigen Krise aufzuzeigen.

Der erste Schritt muß ihres Erachtens darin bestehen anzuerkennen, daß wir in Deutschland "in einer Gesellschaft von Fremden" leben. Es hat - so ihre Botschaft - keinen Zweck, von Amts wegen "eine gesellschaftliche Wirklichkeit zu 'dementieren'", indem man sagt, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Vielmehr halten sie anstelle der bisherigen "Ausländerpolitik" fortan eine "Einwanderungspolitik" und "-gesetzgebung" für erforderlich. Daß man sich dagegen in Deutschland so vehement sträubt, führen sie auf die ihrer Ansicht nach falsche Vorstellung zurück, daß "Einwanderungspolitik" gleichzusetzen sei mit "Einwanderungsförderung" und mit dem früheren Massenansturm aus Amerika. Sie sehen stattdessen Vorteile für Deutschland wenn es sich zu einer offiziellen "Einwanderungspolitik" durchringen könnte: Dann ließe sich der Zustrom von Fremden insgesamt steuern u

und notfalls eben auch drosseln. Gleichzeitig wäre damit die Debatte um den sog. "Asylmißbrauch" vom Tisch. Gewiß, nur 5% aller Asylbewerber werden derzeit aus politischen Gründen anerkannt; ein Großteil darf aus humanitären Gründen bleiben; aber für zahllose andere Menschen ist der Mißbrauch des Asylrechts einfach der einzige Weg, überhaupt nach Deutschland zu kommen, - eben weil Deutschland kein Einwanderungsland ist. Mit anderen Worten: Gäbe es eine staatlich geregelte Einwanderungspolitik, eventuell mit Quotenregelungen dann würde der Asylmißbrauch von selber aufhören, zumindest nachlassen.

Starke Zuwanderungen wird es trotzdem weiter geben; davon gehen die Historiker aus. Die Politiker fordern sie auf, sich rechtzeitig darauf einzustellen, damit die Probleme nicht noch größer werden. Verstärkt wird man sich um die Qualifizierung der zugewanderten Ausländer kümmern müssen; denn "der Anteil unqualifizierter, den deutschen Lebensformen fernstehender und der deutschen Sprache nicht mächtiger Ausländer" steigt, und gleichzeitig sinkt der Anteil an einfacher Erwerbsarbeit; d.h. es muß mit hoher Arbeitslosigkeit unter den neu Zugewanderten gerechnet werden - oder massiv etwas dagegen unternommen werden. "Deutschland im Jahr 2030" - so die spekulative Schlußbetrachtung - könnte ein florierendes Wirtschaftszentrum sein, mit ausreichend Arbeit, allerdings mit einem Krisenpotential an vielleicht unterprivilegierten Ausländern, - sofern nicht rechtzeitig "eine reglementierende und integrierende Einwanderungspolitik" entwickelt und durchgesetzt wird.

Dr. Petra Wall
Weimarer Str. 43
5303 Bornheim 4